

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

35 (10.5.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahr Nr. 35

F B S W

Samstag, 10. Mai 1947

Einzelpreis 20 Pfg.

Das Kriegsverbrechen der IG-Farben

24 Direktoren des Riesenkonzerns vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg

Nürnberg, Am 5. Mai begann der Prozeß gegen 24 Direktoren des IG-Farben-Konzerns, die außer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch der Teilnahme an der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen beschuldigt werden. Mit der Anklageerhebung gegen Direktionsmitglieder des Flick-Konzerns ist damit der zweite Prozeß gegen wirtschaftliche Hintermänner und Nutznießer des grausamen Nazisystems angefallen. Es ist zu erwarten, daß im Verlaufe dieser Prozesse der Öffentlichkeit klar wird, welche unheilvolle Rolle in der Geschichte der letzten Jahrzehnte die deutsche Schwerindustrie gespielt hat.

Der amerikanische Hauptankläger, General Telford Taylor, erklärte bei Ueberreichung der Anklageschrift, daß in diesem Fall zu dem wirklichen Kern der Schuld für alle die unaussprechlichen Verbrechen des Dritten Reiches vorgestossen werde. Diese Angeklagten und andere mit ihnen, seien es, die man als Hauptkriegsverbrecher bezeichnen müsse. Wichtig sei, daß die Schuld dieser Angeklagten ans Tageslicht gezogen werde und daß sie bestraft würden, damit sie für den zukünftigen Frieden der Welt nicht eine noch viel größere Gefahr darstellten, als Hitler selbst, wenn er noch am Leben wäre.

Mit diesen Worten hat der amerikanische Hauptankläger das ausgesprochen, was als Wahrheit die bislang so ausführlich erörterte offensichtliche Schuld der Nazifanatiker in der Staatsführung und ihren ausführenden Organen verdeckt war. Das deutsche Monopolkapital war es, das die grausame Hitlerdiktatur vorbereitete und in Szene setzte, um dadurch ihr Ziel: den Raubkrieg zur Ausbreitung ihrer wirtschaftlichen Herrschaft, zu erreichen.

Wenn vor dem amerikanischen Militärgericht vornehmlich die Planung, Vorbereitung und Finanzierung des Hitlerkrieges aufgeführt wird, so darf nicht vergessen werden, daß auch die für das deutsche Volk so verhängnisvolle „Machtübernahme“ auf das Konto dieser Männer zu schreiben ist, die in Hitler damals ein williges Werkzeug gefunden hatten.

Die Herren der IG-Farbenindustrie hatten schon im Jahre 1932 bestimmte wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen ins Auge gefaßt, die sie mit dem Journalisten Funk, dem nachmaligen NS-Wirtschaftsminister, besprachen, der sie der Zustimmung seiner Partei versicherte. Ihr Vertrauensmann in der damaligen Regierung Brüning, Minister Warmbold, trat auf Befehl des IG-Farbenkonzerns zurück und verursachte damit die Demission des gesamten Kabinetts. Es war beschlossen worden, dem Nationalsozialismus in Deutschland mit allen Mitteln den Weg zu bereiten, ein Beschluß, der mit Konsequenz durchgeführt wurde. Das Schicksal des deutschen Volkes wurde also hinter den Kulissen auf Jahrzehnte hinaus besiegelt.

Wir haben bereits in unserer Zeitung (Ausgabe vom 8. Februar 1947, Nr. 11) auf die verhängnisvolle Tätigkeit des IG-Farbenkonzerns hingewiesen und die Zusammenhänge aufgezeigt, die diesen im Interesse seiner Aktionäre so rührigen Trusts zu einem schicksalsbestimmenden Faktor Deutschlands, ja ganz Europas, werden ließ.

Der Punkt 1 der amerikanischen Anklageschrift befaßt sich mit der Vorbereitung und Finanzierung der hitlerischen Kriegspläne und beuchtet die Zusammenhänge zwischen IG-Farben Wehrmacht und dem Vierjahresplan. Es wird darauf hingewiesen, daß die IG-Farben schon im Jahre 1938 auf Veranlassung Görings den chemischen Krieg vorbereiteten, wobei ein sogenannter „Karinhall-Plan“ ausgearbeitet wurde, der ein neues Programm für die Herstellung von

Giftgasen, Explosivstoffen, Giftstoffen, synthetischem Kautschuk und Benzin vorsah. Im Jahre 1943 hatte danach die IG-Farben 95 Prozent aller Giftgase in Deutschland produziert. Während sie im Jahre 1932, der Anklageschrift zufolge, Verkäufe in der Höhe von 800 Millionen tätigte, stieg der Umsatz 1943 bis auf insgesamt 3 Milliarden Mark an, während der Gewinn von etwa 17 Mill. Mark auf 571 Mill. Mark anstieg. In welcher Weise die IG sich in den Dienst der Nazipropaganda stellten und sich der Durchführung von Spionage und Sabotage im Ausland dienstbar machten, wird im Verlauf des Prozesses klargestellt werden. Die von der IG finanzierte Tätigkeit der Auslandsorganisationen diente ausschließlich der Vorbereitung des im Interesse des deutschen Großkapitals vorbereiteten Krieges.

Der Punkt 2 der Anklageschrift befaßt sich mit der wirtschaftlichen Ausplünderung der von Deutschland besetzten Länder durch die IG-Farben, während der Punkt 3 die Verbrechen zusammenfaßt, die an ausländischen Arbeitern begangen wurden. Von den Ende des Krieges in den IG-Werken beschäftigten 200 000 Zivilarbeitern sind nach der Anklageschrift 50 Prozent deportierte gewesen. Es ist selbstverständlich, daß sich auch die IG wie die anderen großen deutschen Industriewerke vornehmlich der Ar-

beitskräfte bediente, die ihr durch die KZ-Lager Hitlers zur Verfügung gestellt wurden.

Wenn General Telford Taylor von der Gefahr spricht, die diese Exponenten des deutschen Großkapitals für die Welt immer noch darstellen, solange ihre Schuld nicht allbekannt würde und solange sie nicht mit aller Schärfe abgeurteilt wären, so muß darauf hingewiesen werden, daß ihnen durch ihre internationalen Verbindungen so viele Möglichkeiten belassen sind, daß sie, selbstverständlich „im Interesse der deutschen Wirtschaft“, wieder zu Macht und Einfluß gelangen können. Wäre nach dem ersten Weltkrieg die Forderung des fortschrittlichen Teils des deutschen Volkes nach Ueberführung der Schwerindustrie aus den Händen einzelner Privatgruppen in das Gemeineigentum erfüllt worden, so hätte bestimmt die deutsche Geschichte seither einen anderen Verlauf genommen. Wenn heute diese Forderung noch nachdrücklicher und bestimmter erhoben wird, so liegen ihr Erkenntnisse zu Grunde, die durch die Prozesse gegen die deutschen Schwerindustriellen durch entsprechende Hinweise und Aufklärungen allgemein werden müssen. Die Entmachtung des deutschen Monopolkapitals, das sich so verhängnisvoll für Deutschland und für die ganze Welt betätigt hat, ist eine Frage, die eng mit der der Zukunft des deutschen Volkes zusammenhängt.

General Clay empfing Gewerkschaften

Keine größeren zentralen Befugnisse der Zweizonenernährung

Stuttgart (Südna). Von Seiten der Militärregierung werden die größten Anstrengungen unternommen, die Ernährungsfrage zu überwinden, erklärte hier am Dienstag der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, sechs Gewerkschaftsführern der US-Zone, die er zu einer Besprechung eingeladen hatte.

England und Amerika hätten je 300 Millionen Dollar für den Zeitraum eines Jahres zum Einkauf von Lebensmitteln für Deutschland vorgesehen, sagte der General weiter. Es sei jedoch auf dem Weltmarkt zur Zeit schwer, die zugesagten Waren zu erhalten. Man könne diese Lage vielleicht mit der des deutschen Bürgers vergleichen, der auch Schwierigkeiten habe, auf seine Bezugscheine das Gewünschte zu bekommen. Für den Import von Rohstoffen nach Deutschland seien außerdem 100 Millionen vorgesehen, allerdings unter der Bedingung, daß sie restlos für die Herstellung von Exportartikeln Verwendung fänden. Wenn diese Rohstoffeinfuhr in der deutschen Wirtschaft eingesetzt würden, so könnten sie in einem Jahr in Exportgüter im Werte von 500 Millionen Dollar verwandelt werden und damit als Zahlungsmittel für die Nahrungsmittellieferungen des Auslandes verwendet werden.

Auf die akuten Schwierigkeiten, die durch die Einführung der doppelten Sommerzeit entstehen, aufmerksam gemacht, sagte der General. Er befürchte, daß er daran nichts ändern könne, da es schwer halten würde, nachdem die Sommerzeit auf einstimmigen Beschluß des Kontrollrats eingeführt worden sei, dieselbe

Einstimmigkeit zur Aufhebung zu erzielen. Auf die Frage, ob Militärregierung und Kontrollrat gegen eine Nachverlegung der Arbeitszeiten in den Betrieben um eine Stunde unter Rückverlegung des Fahrplans der Eisenbahn um gleichfalls eine Stunde Bedenken hege, antwortete der General, in der Frage der Arbeitszeit werde keine Einmischung von Seiten der Militärregierung erfolgen. Solche Vereinbarungen zu treffen, sei Sache der deutschen Stellen. Die Fahrplanänderungen könne er nicht ohne weiteres bejahen, soweit diese auch den Verkehr zwischen den Zonen betreffen. Für den Nahverkehr könnten jedoch solche Regelungen getroffen werden.

Zu der Erteilung erweiterter Vollmachten an die bizonalen Ämter, die von den Gewerkschaften gefordert werden und die für eine begrenzte Notstandsperiode unter gleichzeitiger Einführung eines Beirates mit Beteiligung der Gewerkschaften durchgeführt werden sollen, erklärte General Clay, die amerikanische Militärregierung wünsche keine größeren zentralen Befugnisse. Auch würden die bizonalen Ämter ihre Rechte, die sie gegenüber den Ländern ausüben, nicht in vollem Umfang ausnutzen. Eine Erteilung größerer Autorität sei deshalb nicht notwendig.

Zu den Forderungen der Gewerkschaften auf Bildung von Wirtschaftsräten sagte der amerikanische Militärgouverneur, die Militärregierung erwäge zur Zeit diese Angelegenheit und sei nicht abgeneigt, solchen Wirtschaftsräten nicht nur eine beratende, sondern auch in gewissem Umfang eine verwaltende Tätigkeit zuzuerkennen.

Bereit zur Fragebogenkontrolle

Die Arbeit der Zentralkartei der NS-Organisationen

Berlin (Südna). Mehr als 20 Millionen Karteikarten mit Namen der Angehörigen aller Gliederungen der NSDAP befinden sich in der Dokumenten-Zentrale Berlin-Zehlendorf, wie Oberst H. W. Helm, der Leiter der Dokumentenzentrale in Berlin mitteilte. Die Karteikarten, erklärte der Oberst, seien in einer bayrischen Papierfabrik fertig zum Einstampfen vorgefunden worden. Unter ihnen habe sich die Gesamtkartei der NSDAP, aufgedgliedert in Reichskartei und Gaukarten neben den dazu gehörigen Anträgen und der Privatkorrespondenz befunden, darüber hinaus seien in der Papierfabrik die vollständigen Karteien der SS, SA, des Rassen- und Siedlungsamtes, des NS-Lehrerbundes und der NS-Aerzteschaft und ähnlichen Organisationen sichergestellt worden. Die Angestellten der Dokumentenzentrale, etwa 250 bis 300 Deutsche, seien seit Dezember 1945 mit dem Sortieren und Einordnen der Millionen Unterlagen beschäftigt gewesen, wo immer noch, so fügte Helm hinzu, neue Urkunden einliefen.

Die eigentliche Arbeit der Dokumentenzentrale, das Ueberprüfen von Fragebogen, habe erst seit kurzer Zeit richtig begonnen, da seit einigen Wochen das Material vollständig alphabetisch geordnet und die Dokumentenzentrale damit in die Lage versetzt worden sei, wöchentlich bis zu

25 000 Fälle, das heißt täglich etwa 3500 Anfragen aller alliierten Militärregierungen, zu bearbeiten.

Er sei fest überzeugt, sagte Helm, daß die Namen aller Personen, die der NSDAP angehörten oder auch nur einen Aufnahmeantrag für diese gestellt hatten, in den Unterlagen der Dokumentensammlungen enthalten seien.

Kesselring zum Tode verurteilt

Venedig. Der ehemalige deutsche Feldmarschall Kesselring wurde vom britischen Militärgericht in Venedig zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Das Gericht hat Kesselring in folgenden Hauptanklagepunkten für schuldig erkannt: 1. Kesselring ist verantwortlich für die Massenhinrichtung in den ardestinischen Schluchten bei Rom, wo 335 Italiener auf Grund einer Vergeltungsmaßnahme für den Tod 32 deutscher Polizisten hingerichtet wurden. Die Polizisten hatten am 23. März 1944 den Tod gefunden, als in einer Straße der italienischen Hauptstadt gegen die marschierende Kolonne eine Bombe geworfen wurde. 2. Kesselring ist verantwortlich für die Verbrechen, die von den deutschen Truppen gegen die italienische Bevölkerung begangen worden sind.

Südwestfunk

Sonntag, 11. Mai 1947, 20.15 Uhr

Verfassung und Landtagswahl

Es spricht:

GERHARD WOHLRATH

Sekretär des Landesvorstandes der Kommunistischen Partei

Dr. Karl Bittel

Gefesselte

Demokratie

Nun finden auch für die französische Zone am 18. Mai die Wahlen zu den ersten demokratischen Volksvertretungen statt, verbunden mit Volksentscheiden über die Länderverfassungen. Damit hat die südwestdeutsche Bevölkerung eine politische Bewährungsprobe zu bestehen, die von weittragender Bedeutung für die Gestaltung ihrer Zukunft ist. Es geht um den Willen, ob und inwieweit die Chance der neuen Demokratie soweit als irgendmöglich zu nutzen. Es gilt als Grundprinzip zu verwirklichen: die volle politische Macht in die Hände des Volkes zu nehmen und das gesamte öffentliche Leben seiner Kontrolle zu unterwerfen. Es gilt, eine Verfassung zu schaffen, die die souveräne Volksvertretung des kommenden Landtags von jeder Fessel befreit, keinerlei Instanz oder Institutionen über ihr duldet und jede Machtteilung ablehnt.

Im Wahlkampf konkurrieren vier Parteien. Die beiden Arbeiterparteien der KP und SP und die beiden bürgerlichen Parteien der CSV und DP. Sie werben unter den Wählermassen für den von ihnen vertretenen Standpunkt der Demokratie. Es sind sehr verschiedene Standpunkte. Auf der linken Seite der Wille, alle Kräfte des werktätigen Volkes in Stadt und Land für die weitest mögliche Demokratisierung zu entfesseln, auf der rechten Seite die krampfhaften Versuche, ihnen obrigkeitliche, bürokratische und instanzmäßige Fesseln anzulegen. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die junge Demokratie anlässlich ihres Tauffestes am 18. Mai bereits in ein Prokrustesbett gelegt würde, also gewaltsam eingezwängt und verstümmelt, so wie die sagenhaften Räuber im alten Attika ihre Opfer in ein Folterbett preßten.

Die Wählerschaft muß daher außerordentlich wachsam sein! Denn sie will gewiß keiner Partei ihre Stimme geben, welche sich nicht unbedingt und ohne alle Vorbehalte für die wirkliche Demokratie einsetzen würde. Man könnte den Wählern als Prüfungsfrage an die vier Parteien etwa empfehlen: Sind Sie für eine Konzentration aller Gewalten in einer souveränen Volksvertretung, oder sind Sie gegen eine solche entfesselte Demokratie und für neue obrigkeitliche Gewalten und Instanzen, die die freie Demokratie beaufsichtigen, einschränken und fesseln?

Für die Kommunistische Partei können wir eindeutig klare Antwort geben: Wir sind für eine absolut souveräne Volksherrschaft (Demokratie) ohne irgendwelche Fesseln! Erfreulicherweise ist heute auch für die CSV die Antwort zu geben, obwohl diese immer noch ohne Parteiprogramm ist. Aber sie hat sich jetzt endlich einige Richtlinien zugelegt, welche auf ihrer Landtagung am 19. April in Freiburg festgelegt wurden. Dort hat auch der Parteichef der CSV, Ministerpräsident Wohleb, unsere hypothetische Frage klar beantwortet. Er sagte:

„Wir proklamieren eine Gott gewollte Ordnung. Recht ist nicht, was dem Volk nützt, sondern Unrecht ist Unrecht, auch wenn es dem Volk zu nützen scheint... Klare Fronten beziehen gegen den staatskapitalistischen Kollektivismus und die entfesselte Demokratie! Auch entfesselte Demokratie kann Despotie sein. Entfesselte Demokratie nenne ich die Vernichtung aller Gewalten und ihre Konzentration in der Volksvertretung, wie sie der kommunistische Verfassungsentwurf vorsieht (der weitere Wortlaut des Textes ist verstümmelt. „Süvotzet“ Nr. 32).

Diese These „gegen entfesselte Demokratie“ ist die parteiprogrammatische Grundlage für die politische Praxis der CSV, wie wir sie aus ihrer Kommunal-, Kreis- und Landesversammlungspolitik in den vergangenen Monaten zur Genüge kennen. Insbesondere ist diese demokratisch-feindliche Politik während der Verfassungsberatungen eindeutig gewesen. Als die CSV dort ihren eigenen Entwurf vorlegte, war darin alles enthalten, was eine wirklich demokratische Verfassung ins Gegenteil verkehren sollte. Sie bekämpfte mit erstaunlicher Konsequenz jene demokratischen Artikel, wie sie der kommunistische Verfassungsentwurf vorschlug, wonach die demokratischen Kräfte des Volkes im Landtag ihren Willen frei und unbehindert zum Ausdruck bringen sollten.

Hemmung und Fesselung der Demokratie ist die allgemeine Einstellung der Christlich-Sozialen Parteien. Das beweist z. B. ganz deutlich eine Abhandlung von Dr. Niethammer über „Christliche Verfassung“, wo unverhüllt gefordert wurde, daß die südwestdeutsche CSU z. B.

„die Obrigkeit gegenüber den Staatsangehörigen, der Betriebsführer gegenüber der Gefolgschaft wiederherstellen und sichern“ wollte. (Schwäbisches Tagblatt 1947, Nr. 24).

Er vergaß die Obrigkeit der Justiz zu erwähnen, für die er selbst unter dem Naziregime die anschaulichsten Beweise geliefert hat. Ich irre mich wohl nicht, daß dies derselbe Dr. Niethammer ist, der Präsident des Reichsgerichts in Leipzig und des Reichsgerichtshofes in Berlin

Alle fortschrittlichen Demokraten stimmen beim Volksentscheid über die Verfassung mit „NEIN“

bis zum Nazizusammenbruch 1945 gewesen ist — und trotzdem heute ein führender CDU-Mann sein kann, der die reaktionäre Verfassung für Südwürttemberg entworfen hat.

In Südbaden versuchte die CSV in der gleichen Linie viele demokratie-feindliche Artikel in die Verfassung einzubauen, um die Macht des Volkswillens in der höchsten Instanz (Landtag) zu brechen. Sie wollte einen Führer- und Reichsstatthalter-Ersatz als Staatspräsident und einen ernannten übergeordneten Ständerat. Wenn diese beiden undemokratischen Institutionen zwar aus Opportunismus gefallen sind, weil sie den reaktionären Kurs überspitzten und sogar die Koalition mit den Demokraten verunmöglicht hätte, so war und bleibt das trotzdem grundsätzlich ihr Parteiprogramm. Sie setzte gegen den Willen der Arbeiterparteien den mit außerordentlichen Vollmachten versehenen Staatsgerichtshof durch, eine auch weiter vom kapitalistischen System beherrschte Wirtschaft einen religiösen Schultyp usw. Es ist offensichtlich, daß wo die CSV Konzessionen machte, sie das ohne innere Überzeugung tat. Niemand weiß also, wann sie etwa jenen Artikel des Verbots der Militärdienstpflicht wiederum streichen wird, den wir mit unserer Pressekampagne gerettet haben. Oder ist etwa der CSV der Feiertag des 1. Mai aus

Die Fettration April-Mai

In unserer Nummer zum 1. Mai haben wir von einer Bekanntmachung der Militärregierung Kenntnis gegeben, derzufolge auf Grund zusätzlicher Einführungen die Fettration von 200 auf 320 g monatlich erhöht werden wird. Erstmals soll die erhöhte Fettration im Laufe des Monats Mai verteilt werden.

Aus dem Kreise unserer Leserinnen gehen uns nun zahlreiche Anfragen und Zuschriften zu, in denen eine gewisse Besorgnis darüber zum Ausdruck kommt wie es mit der Zuteilung des noch rückständigen Restes der 200-g-Fettration für den Monat April werden wird. Nach unseren Informationen soll diese Zuteilung in den nächsten Tagen erfolgen. In Offenburg beispielsweise werden ab Samstag, 10. Mai, 50 g Butter ausgegeben werden, und zwar auf die Aprilkarte. Dadurch kommt also unzweideutig zum Ausdruck, daß diese Zuteilung noch auf das April-Konto zu setzen ist.

der Seele gesprochen, der dem Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, zu Fortschritt, Frieden, Freiheit und Völkerverständnis gewidmet ist (wie es im Artikel 40 steht)? Das kann niemand glauben, der in der CSV-Zeitung jüngst vergeblich auch nur ein Wort über die Bedeutung dieses Kampftages der Demokratie suchte.

Die Wähler sollten sich über solch demokratie-unfreundliche Haltung der CSV sehr ernste Gedanken machen. Die Partei ist neu. Sie hat noch kein Programm und ist zusammengewürfelt aus den verschiedenen politischen und konfessionellen Grundrissen, die sich unter dem Motto „christlich und sozial“ zusammengefunden haben. Daß die einzelnen Teile — vor allem die Jugendlichen der Partei — disharmonieren und auseinanderstreben, sich auch in einzelnen Ländern schon wieder getrennt haben, ist bekannt.

Der Kern der neuen CSV ist das alte Zentrum. Das zeigt sich immer verhängnisvoller. Ihre Mutter hat ihr zuviel vererbt. Das Zentrum trat als katholische Partei nach dem Krieg im März 1871 erstmals im Reichstag auf und kennzeichnete sich als eine ultramontane, streng päpstlich einestellige Partei, die in den Fragen über das Verhältnis des deutschen Staates zur römischen Kirche das unbedingte Vorrecht der letzteren verfocht. Es sei an den Kulturkampf erinnert mit all seinen unerträglichen Erscheinungen, die eine von Rom inspirierte Politik dem deutschen Volk gebracht hat. Gewiß zählte das Zentrum nach 1918/19 bedeutende Demokraten in seinen Reihen; es sei nur an Matthias Erzberger erinnert, den die Reaktion abgeschossen hat. Jedoch in den entscheidenden Jahren des Kampfes um die Weimarer Demokratie ist das Zentrum zum Totengräber der Demokratie geworden. Im November 1932 war es noch mit 11,9 Prozent der Wählerstimmen im Reichstag die vierstärkste Partei (hinter den Kommunisten mit 16,9 Prozent) und stellte seit März 1930 den Reichskanzler Heinrich Brüning. Diese in katholischen Kreisen heute noch hoch verehrte politische Gestalt: Brünings, den man erst jüngst zu einer entscheidenden politischen Rolle aus Chicago holen wollte, ist geradezu der Prototyp alter und neuer katholischer Politik. Brüning war konservativ, autoritär, klerikal mit engeren religiösen Bindungen. Er hat als erster Reichskanzler der Weimarer Demokratie den Todestoß versetzt, als er mit dem Diktaturparagrafen 48 zu regieren begann, mit seinen Osthilfebesehnen und seinen Notverordnungen traurigen Angedenkens, mit denen er die Demokratie Stück um Stück zugunsten einer Präsidialgewalt aushöhlte. Wir erinnern uns gut, wie diese diktatorischen Gelüste von einem Joseph Wirth bekämpft wurden, der einmal ausgerufen hatte: „Der Feind steht rechts!“ Jedoch Brüning drehte mit seiner Partei das Steuer nach rechts, liquidierte die demokratischen Erbschaften des November, schaltete immer häufiger den Reichstag aus und schuf sich ein Ermächtigungsgesetz, das von verhängnisvollen Folgen war. Ihn verdrängte am 31. Mai 1932 sein Fraktionskollege Herr v. Papen, der direkten Kurs auf die Hitlerdiktatur nahm. Die damit verbundenen Ereignisse sind durch die jüngsten Prozesse so erschütternd aufgefrischt, daß es unnötig ist, sie zu wiederholen. Mit Papens Hilfe kam Hitler zur Macht und das Zentrum selber trägt die ungeheure geschichtliche Schuld mit seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 21. März 1933 die unumschränkte Nazidiktatur legalisiert zu haben. (Welch verhängnisvolle Rolle dabei und nachher auch die katholische Kirche selbst gespielt hat, insbesondere Erzbischof Dr. Gröber in Freiburg mit seinem überlauten Bekenntnis zum „Führer“ und zum Dritten Reich, sei nur erwähnt.)

Diese politische Erbschaft des Zentrums lastet schwer auf der jungen CSV sowohl sachlich wie persönlich. (Daß Minister a. D. Diez nicht bei den Ermächtigungsgesetzstimmern war, ist nur

Zufall, denn er hätte selbstverständlich Parteidisziplin geübt, wenn er in Berlin gewesen wäre.) Das Zentrum war also keineswegs, weder grundsätzlich noch faktisch ein Hort der Demokratie! Und seine sozusagen vorgeblich belasteten Sprößlinge CSV und CDU haben noch keine überzeugenden Beweise dafür geliefert, inwiefern bei ihnen die neue antifaschistische Demokratie ihre Heimstätte finden wird. Die alten Spuren schrecken genau so wie die jüngsten und stellen ihr das Zeugnis „demokratisch unzuverlässig“ aus. Und heute? Es ist bezeichnend, daß die CSV mit ihrer religiösen Wahlparole „Wir wählen Gott“ die Absicht zeigt von den entscheidenden politischen Fragen abzulenken. Sie will also jetzt die Praxis vom Oktober 1946 wiederholen mit religiöser Stimmung und kirchlichem Druck auch diesmal einen starken Wahlerfolg zu erzielen. Die kurze Zeit der

Aufklärungsmöglichkeit im Wahlkampf kommt ihr dabei zu Hilfe. Die Bevölkerung, durch Hunger und Hoffnungslosigkeit in fast vollkommener Apathie, mag von erster politischer Beschäftigung wenig wissen.

Trotzdem muß sich die Wählerschaft im Klaren darüber sein, daß der 18. Mai für unser Land von entscheidender Bedeutung ist. Für die Errichtung aus der Ernährungsreform und die Lösung der großen Fragen demokratischer Reform (Agrarreform, Industriereform, Schulreform usw.) wird viel davon abhängen, ob die Übermacht der CSV im neuen Landtag gebrochen und der gefährliche Verfassungsentwurf abgelehnt wird. Das badische Volk steht vor der Selbstentscheidung, ob es eine freie wahrhafte Demokratie aufbauen oder ob es sich gleich zu Beginn von einer CSV unerträgliche Fesseln umlegen lassen will.

Verantwortungslose Wahlhetze der CSV

Strafanzeige gegen die „Südwestdeutsche Volkszeitung“

Die letzte Nummer der „Südwestdeutschen Volkszeitung“ (Freiburg-Rastatt, 7. Mai, Nr. 36), die bezeichnender Weise ihren Untertitel „für christliche Politik“ gestrichen hat, benutzt ihren Leitartikel, um die politische Säuberung zu einer unverantwortlichen Wahlhetze gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten zu benutzen. Diese Abhandlung über den Gewissenswurm der Kommunisten und die Dolchstoß-Legende des Eugen Schmalz, knüpft an die sachliche Darstellung des Leitartikels UNSER TAG vom 26. April über die politische Säuberung in Südbaden an, worin der CSV ihr Maß an Schuld an den Säuberungsmaßnahmen sachlich zugewiesen wird. Zwar beteuert die SV, daß sie die Säuberung nicht zu einem billigen Wahlkampfrequisit erniedrigen wolle, damit sich die vielen Zehntausende von der Entnazifizierung zu hart Betroffenen nicht „als Kadaver fühlen, um den knurrenden Hyänen sich zanken und gegenseitig zerfleischen.“ Aber gerade als eine solche beutegierige Hyäne des Schlachtfeldes erweist sich der anonyme Leitartikel der SV. Statt sachlicher Entlastung sucht er mit Hetze und Verleumdung die beiden Arbeiterparteien zu „zerfleischen“.

Im Mittelpunkt der böswilligen Anfeindungen der SV steht Staatsrat Erwin Eckert (KPD), von dem jeder sachlich Urteilende weiß, daß er mit großer Energie eine gerechte, gesetzlich fundierte Säuberung durchzuführen bemüht war. Gen. Eckert schütterte dabei vor allem an dem Widerstand der CSV, so daß er bereits am 22. Oktober 1946 seinen Rücktritt als Säuberungskommissar genommen hat. Seiner verantwortlichen Arbeit, der er sich mit vollem Einsatz und ehrlichem Bemühen hingab, widmet die SV folgende persönliche Schmähung und gemeine Verdächtigung:

„Die Episode des Staatsrats Eckert
Nunmehr begann die Episode des Genossen Eckert als Staatsrat für die politische Säuberung und Vorsitzender des politischen Kontrollausschusses. Merkwürdigerweise sah man in ihm den Mann „mit besonderer politischer Stoßkraft“, der fähig sei, das Säuberungsgesetz und das administrative Verfahren aller Säuberungsorgane zu koordinieren. Bedauerlicherweise waren mit dem neuen Amt keine Zwangsbefugnisse verbunden. Wir möchten aber annehmen, daß es einem politisch so stoßkräftigen Staatsrat schon sehr früh hätte gelingen müssen, Ordnung in den Wirrwarr zu bringen oder alsbald für seine Person die Folgerungen zu ziehen. Statt dessen entwickelte sich diese Amtsstelle zu einer Werkbestelle für die KP, wie wir aus Zuschriften Betroffener entnehmen, denen statt Trost und Hilfe in ihren Nöten nicht selten ein Aufnahmeformular für die KP in die Hand gedrückt wurde. Ähnliche Dinge trugen sich während dieser Ära und noch später übrigens auch im Lande draußen zu.“

Dieser ehrenwerte Anonymus, dessen Name sich nach der Methode seiner dreisten Hetzereien unschwer vermuten läßt, (übrigens nennt diese Nr. 36 auch keinen verant-

wortlich zeichnenden Redakteur!) hat damit die Note der ehrverletzenden persönlichen Verleumdung und üblen Nachrede zum ersten Male in die neue Presse gebracht. Es sind dies übelste Nazimethoden, gegen welche sich die saubere Journalistik aufs schärfste zu Wehr setzen muß. Unter der neuen Demokratie darf und soll insbesondere in einem Wahlkampf, der um große, politische Entscheidungen geht, hart gekämpft werden. — aber sachlich und offen, ohne Ehrabschneidungen!

UNSER TAG hat z. B. in derselben Frage am 7. Dezember 1946 scharf Stellung gegen den ehemaligen Justizminister Dr. Zürcher genommen, der die Säuberungsausschüsse damals schon als „Scherbengerichte“ bezeichnet hat und die Gewerkschaften und Arbeiterparteien beschuldigt. Unser Angriff geschah genau so ruhig und sachlich, wie wir das viele Male vor und nachher getan haben.

Ohne weiterem vorzugreifen, hat Gen. Eckert Strafanzeige gegen die SV wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt. Mit folgender Begründung:

„Der anonyme Artikelschreiber behauptet, daß ich als Mitglied der damaligen Landesverwaltung mein Amt als Staatsrat dazu mißbraucht habe, aus meiner Dienststelle eine Werbestelle für die KP zu machen oder doch zu dulden, daß mein Amt zu einem solchen parteipolitischen Zweck benutzt werde. Statt Trost und Hilfe hätten die bei dem von mir verwalteten Amte um Rat Vorgesprochenen nicht selten Aufnahmeformulare für die KP erhalten. Ähnlich sei auch unter meiner Dienstaufsicht im Lande draußen verfahren worden.“

Da es im öffentlichen Interesse liegt, gerade in den Anfängen einer neuen demokratischen Ordnung solche Methoden der Verleumdung und der üblen Nachrede gegen Träger eines öffentlichen Amtes zu unterbinden, stelle ich hiermit Strafantrag gegen den Verfasser des näher bezeichneten Artikels.

Es ist besonders bezeichnend für die Verantwortungslosigkeit der SV, daß sie, ohne sich zu vergewissern, leichtfertig einen Artikel abdruckt, der von Beleidigungen gegen den Leiter einer obersten staatlichen Dienststelle strotzt. Bei den Verhandlungen zur Verfassung für das Land Südbaden wurde auf Antrag der CSV einstimmig ein Artikel vorgeschlagen mit folgendem Wortlaut:

„Die Ehre des Menschen steht unter dem Schutz des Staates. Wer Behauptungen tatsächlicher Art veröffentlicht, die nicht erwieslich wahr, aber geeignet sind, die Inhaber eines öffentlichen Amtes verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, ist in besonders wirksamer Weise zu strafen.“

Ich lege besonderen Wert darauf, daß das Strafverfahren gegen die SV und den im Namen der CSV sprechenden Verfasser des Artikels beschleunigt durchgeführt wird, damit durch die Feststellungen dieses Verfahrens eindeutig bewiesen werden kann, daß es sich um eine zum Zwecke der Wahlbeeinflussung veröffentlichte Lüge handelt.“

B I G A / Badische Landesexportschau

Freiburg. Große Erwartungen werden von der südbadischen Wirtschaft und von den Werktätigen an die Erfolge der BIGA geknüpft. In Anwesenheit von Vertretern der Militärregierung, der vorläufigen badischen Regierung und der Wirtschaft wurde in der Universität die Südbadische Landesexportschau eröffnet.

Gouverneur Pene sagte in seiner Ansprache, daß Fleiß und handwerkliche Geschicklichkeit in den Anstrengungen des südbadischen Volkes zum Aufbau seines gesellschaftlichen Lebens und seiner Wirtschaft Frankreich Achtung abgerungen hätte. Das Land habe weniger Rohstoffe als hochqualifizierte Arbeit zu bieten. Die bisherigen Ausfuhrleistungen könnten indessen noch wesentlich erhöht werden, um dem Land die notwendige Einfuhr zu sichern. Das badische Volk möge gewiß sein, daß Frankreich diese Entwicklungsmöglichkeit begünstige. Im Namen des Badischen Staatssekretariats sprachen Präsident Wohleb und der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums Dr. Leibrand. Dieser erklärte, daß unsere Wirtschaft über die ungenügenden Ergebnisse des Interzonenhandels hinaus in die Weltwirtschaft eingegliedert werden müsse, um Südbaden die erforderlichen Rohstoffe zuzuführen. Der südbadischen Regierung habe die Militärregierung Vorschläge zur Verbreiterung der Exportmöglichkeiten vorgelegt.

Zweck der Ausstellung ist, besonders dem Ausland zu zeigen, was wir an hochwertigen Exportwaren zu bieten haben. Darum sind die ausgestellten Erzeugnisse fast ausschließlich für die Ausfuhr bestimmt, um vor allen Dingen Lebensmittel einführen zu können. 170 Einzelaussteller, 180 Ausstellergemeinschaften und 180 Aussteller des Fremdenverkehrsgewerbes zeigen ihre Leistungsmöglichkeiten. Die Uhrenindustrie bringt eine große Anzahl von Uhrentypen, Optik, Fein-

mechanik und keramisches Gewerbe bieten hochentwickelte Erzeugnisse an. Die Gießereien, der Motoren- und Maschinenbau haben Erzeugnisse vom Handleiterwagen bis zum schweren Lastwagen, vom Schneepflug bis zum Herd und Kochtopf ausgestellt. Neben den Nahrungs- und Genussmittelindustrien, dem keramisches Gewerbe und dem metall- und holzverarbeitenden Gewerbe, sowie der Bürstenindustrie, sehen wir die Stände der Verlage, der papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie. Reichhaltig ist die Ausstellung der Textilindustrie, und die Leder- und Kunststoffabriken zeigen eine ausgesprochene Fundstoffschau. „Schwarzwald — Bodensee, Reiseland für Frühling, Sommer, Herbst und Winter“, lautet der Name der Sonderschau des Badischen Fremdenverkehrsverbandes, dessen Ziel es ist, Baden als berühmtem Reiseland in absehbarer Zeit wieder seinen Platz zu sichern.

Gegen die doppelte Sommerzeit

Garmisch-Partenkirchen. Insgesamt 21 Gewerkschafter aus allen vier Zonen Deutschlands sind seit Montag hier zur vierten Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften versammelt, auf der auch der Weltgewerkschaftsbund durch Walter Schevenels und Albert Preuß vertreten ist. Auf der Dienststagsitzung faßten die Gewerkschaftsvertreter eine Resolution gegen die Einführung der doppelten Sommerzeit.

„Die Gewerkschaften aller Zonen“, heißt es darin, „bitten im Namen der Schaffenden und ihrer Familienangehörigen, die beabsichtigte Einführung der erweiterten Sommerzeit nicht zu vollziehen“, weil dagegen aus wirtschaftlichen Gründen sowie um des Schutzes der Arbeitskraft und der Gesundheit der Familienangehörigen Willen, schwerster Bedenken beständen.

Die Lage in Frankreich

Paris. Der kommunistische Führer Jacques Duclos gab dem amerikanischen Journalisten David Perlman ein Interview. Er erklärte u. a.: „Diejenigen, die heute von einem Generalstreik sprechen, sind Dummköpfe. Unsere Arbeiter sind intelligent und wissen, was sie tun dürfen und was nicht. Ich vertraue auf ihren gesunden Menschenverstand.“

Ueber die Haltung der Kommunistischen Partei unter den augenblicklichen Umständen führte Duclos aus: „Wir werden in allem, was zum Wohl der Arbeiterklasse geschieht, weiter mit der Regierung zusammenarbeiten, auch wenn wir im Augenblick nicht in der Regierung sind — verstehen Sie mich recht — ich sagte: im Augenblick.“

„Inzwischen fühlen wir uns moralisch durchaus nicht der politischen Verantwortung entoben wenn unsere Minister auch augenblicklich nicht dem Kabinett angehören.“

Die Leistungsprämie bezeichnete der Kommunistenführer „als eine fundamentale Notwendigkeit in der Lage, in der der französische Arbeiter sich heute befindet. Sobald sie bewilligt ist, fuhr er fort, „wird sich die Produktion steigern und die Preise entsprechend sinken.“

Zu dem Streik in den Renault-Werken sagte Duclos in seiner Stellungnahme, „daß in dem Werke berechnete Unzufriedenheit herrschte. Gewisse Gruppen lösten den Streik aus, und darauf kam es zu einer Abstimmung, an der sich alle Arbeiter beteiligten. Dabei billigte eine demokratische Mehrheit der Arbeiter den Streik.“

Kalorien im April

Konstanz. Im Stadtkreis wurden im Monat April an die Normalverbraucher Lebensmittel mit einem Tagesdurchschnittswert von 914 Kalorien ausgegeben. Hinzu kamen noch Nachlieferungen für März mit 59 Tageskalorien, so daß mit diesen auf den Tag 973 Kalorien entfielen. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen: 7500 gr Brot (612 Kalorien täglich), 125 gr Käse (8), 540 gr Fleisch (28), 50 gr Fett (12) 1200 gr Hülsenfrüchte (139), 250 gr Fische (5), 800 Liter Magermilch (43), 4 Eier (9), ¼ Liter Essig (0). Die Nachlieferungen für den März betragen: 250 gr Haferflocken (29), 50 gr Butter (12), 60 gr Oel (18).

Höhepunkt der Ernährungskrise

Düsseldorf. (Südna.) „Westfalen und das Ruhrgebiet gehen dem Höhepunkt der Ernährungskrise seit Beginn der Besatzung entgegen“, erklärte Staatssekretär Georg Sauer vom Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ein großer Teil der Bevölkerung der Ruhrstädte erhält in der vergangenen Woche lediglich Zuteilungen in Höhe von 750 Kalorien. Das Ruhrgebiet verfügt noch über Mahlreserven von 2 Tagen, die Bestände an Kartoffeln, Fleisch und Fett sind restlos erschöpft. Wenn keine Hilfe von alliierter Seite gewährt wird, wird niemand mehr arbeiten können. Sauer fuhr fort: „Der einzige Weg zu einem vernünftigen Ernährungsplan besteht darin, daß mit den Nachbarländern ein Austausch von Industrieerzeugnissen der Ruhr gegen landwirtschaftliche Produkte in die Wege geleitet wird.“

Wiener Hungerdemonstrationen

Wien. Die Forderungen der österreichischen Arbeiter und die kritische Lebensmittellage in Oesterreich bilden die Hauptorgane der Regierung. Dr. Figl (Volkspartei) ging auf die Kundgebungen vor der Bundeskanzlei ein und erklärte hierzu vor dem Ministerrat: „Unverantwortliche Elemente stacheln die Menge zu unüberlegten Handlungen auf, die durch die Wachsamkeit der Polizei zum Glück verhindert werden konnten.“ Figl gab eine eingehende Darstellung der Ernährungslage in Oesterreich und vor allem in Wien; dann forderte er die Regierung auf, bei dem Alliierten Kontrollrat Schritte hinsichtlich einer ausreichenden Ausrüstung und Bewaffnung der Polizei zu unternehmen.

Außerdem empfing Bundeskanzler Figl im Laufe des Tages eine Abordnung der österreichischen Gewerkschaftsverbände.

Andererseits wird berichtet, daß die Angestellten der Schuhfabriken in Wien und Umgebung in den Streik getreten sind. Auch in anderen Wiener Fabriken wurde die Arbeit niedergelegt.

Militärregierung verbot Verschmelzung

KPD Bayern nimmt Stellung

München. (Südna.) „Der von dem Leiter der Abteilung für zivile Angelegenheiten beim Omgus Berlin, Dr. Roger H. Wells, gegebene Bescheid der Ablehnung der Verschmelzung der KPD Bayerns mit der SED geht im wesentlichen am Inhalt des vom Landesvorstand der KPD, Bayerns an die Militärregierung für Bayern gerichteten Ersuchens vorbei“, heißt es in einer der Dena übergebenen Stellungnahme des Landesvorstandes der KPD Bayerns. Die KPD des Landes Bayern habe geglaubt, von der allgemeinen Freiheit, welche die Militärregierung allen demokratischen Parteien in der US Zone gewährte, Gebrauch machen zu können. Nach vorheriger Befragung der Mitgliedschaft habe sie lediglich beschlossen, um die Genehmigung der Verschmelzung mit der SED nachzusuchen. Eine Namensänderung der KPD in SED sei nicht beantragt worden.

„Wenngleich in dem Bescheid Dr. Roger Wells angeführt ist“, heißt es abschließend, „daß die Frage des Statuts politischer Parteien auf gesamtdeutscher Grundlage bisher noch nicht entschieden worden ist, nimmt die KPD an, daß ihrem Gesuch um Verschmelzung mit der SED stattgegeben wird, wenn eine Zusammenarbeit der politischen Parteien auf gesamtdeutscher Grundlage möglich ist.“

UNSER TAG (früher DER NEUE TAG)

Volkszeitung für Baden und Württemberg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg Metzgerstr. 6. Fe. 1974, Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. — Verlag: Südwest-Verlag e.G.m.b.H. (17b) Offenburg, Hauptstr. 111. Postfach 361. Fernruf 227. — Erscheint Mittwoch und Samstag — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk. einsch. Trägerlohn, bei Postbezug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Der Wiederaufbau im Lande Südbaden

Auszug aus einem Rechenschaftsbericht von Staatskommissar Erwin Eckert

Neben der Sicherstellung der Ernährung und der Reorganisation unserer Wirtschaft ist der Wiederaufbau der durch Kriegseinwirkungen zerstörten Städte und Ortschaften Südbadens die wichtigste Aufgabe, die trotz aller Schwierigkeiten bewältigt werden muß.

Umfang der Schäden. Von 205 259 Gebäuden Südbadens sind 43 914 von Kriegsschäden betroffen, und zwar von 180 000 Wohngebäuden 31 800, davon 6949 total zerstört (50—100 %), 4423 schwerbeschädigt (25—50 %), leichtbeschädigt 20 428. Von 12 214 landwirtschaftlichen Gebäuden sind 4 214 durch Kriegseinwirkungen betroffen, davon 1 392 total zerstört, 2 822 schwer beschädigt. Von 13 044 gewerblichen, industriellen und öffentlichen Gebäuden sind 7 900 in Mitleidenschaft gezogen, nämlich 1 021 total zerstört, 219 schwer beschädigt, 6 660 leicht beschädigt. 59 854 Wohnungen sind in Südbaden durch Kriegsfolgen unbewohnbar geworden von insgesamt 292 258. Davon sind 12 713 total zerstört. Diese Angaben stammen aus dem Jahre 1945, sie beruhen teilweise auf Schätzungen. Das Staatskommissariat hat deshalb, um eine zuverlässige Uebersicht über die Kriegsschäden zu gewinnen, neue Fragebogen ausgearbeitet, die vor allem auch Unterlagen für eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Baustoffe möglich machen sollen.

Systematische Planung. Die Wiederherstellung dieser großen Schäden kann nur planvoll durch eine zentrale staatliche Stelle bewältigt werden, die den Gemeinden und Kreisen als den Trägern des Wiederaufbaus und über diese allen aufbauwilligen Hausbesitzern, Selbsthilfegemeinschaften und Bau- und Siedlungsgenossenschaften jede nur denkbare Hilfe angedeihen läßt. Nach der Gesamtplanung des Staatskommissariats sollen die zerstörten Gebiete und Ortschaften so wiederhergestellt werden, daß sie den kommenden Generationen menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen ermöglichen. Außer dem Wiederaufbauplan für die am meisten zerstörte Stadt Freiburg, werden Neuplanungen unter der beratenden Mitarbeit des Staatskommissariats für 24 südbadische Ortschaften ausgearbeitet, die zum Teil schon fertiggestellt sind.

Für die Durchführung dieser Planung müssen Grundstücksvereinigungen, Auflockerungen und Umlegungen vorgenommen werden, die ohne Veränderungen der Eigentumsverhältnisse nicht möglich sind. Auch die Abfindung für die noch vorhandenen Gebäudereste, die bei der Neuplanung nicht mehr verwendet werden können und die Finanzierung wichtiger Bauvorhaben, für die keinerlei Kapitalvoraussetzungen bestehen, müssen geregelt werden. Bevor die Gesamtregelung für den Wiederaufbau einheitlich und grundsätzlich durch ein Wiederaufbaugesetz in ganz Deutschland geregelt werden kann, müssen durch Verhandlungen wenigstens der einzelnen Länder vorläufige Grundsätze für alle diese Spezialfragen eines planvollen Wiederaufbaus festgelegt werden. Das Staatskommissariat hat deshalb eine Landesverordnung zur einstweiligen Finanzierung des Wiederaufbaus und Richtlinien über die finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau und die Neuschaffung von Wohnraum ausgearbeitet. Es schlägt darin vor, daß durch eine Erhöhung der Gebäudeversicherungsumlage auf den nicht zerstörten Hausbesitz eine Summe von etwa 8—10 Millionen Mark jährlich aufgebracht wird, die folgendermaßen verwendet werden soll: 1. Zuschüsse für die Wiederherstellung kriegsbeschädigter Wohnräume bis zu 50 % der Baukosten, in Ausnahmefällen, bei besonderer sozialer Schutzbedürftigkeit oder Notlage bis zu 75 %. — 2. Zuschüsse zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums in der gleichen Höhe für den Umbau gewerblicher oder sonstiger Gebäude zu Wohnungen, für Aufstockung, Anbau, Einbau oder Ausbau von Dachgeschossen und für die Durchführung von Teilungen großer Wohnungen, sofern dadurch zusätzlich Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. — 3. Zuschüsse für die Wiederherstellung und den Ausbau landwirtschaftlicher Betriebsgebäude, Ställe, Scheuern und Schuppen bis zu 50 % der Baukosten. — 4. Zuschüsse bei der Veränderung von Ortsstraßen und Auflockerungsvorhaben.

Diese Förderungsmaßnahmen sind also in erster Linie der Wohnraumbeschaffung für wirtschaftlich schwächere und kinderreiche Volkskreise gedacht und für die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Zweckgebäude.

Wer kann bauen? Es ist selbstverständlich, daß das Staatskommissariat über seine nachgeordneten Stellen die Bautätigkeit überwacht und nur dann seine Zustimmung zu einem Bauvorhaben gibt, wenn dessen Dringlichkeit und Brauchbarkeit nachgewiesen wird. Um ein einheitliches und übersichtliches Genehmigungsverfahren zu ermöglichen, wurden spezialisierte Feststellungen gemacht über die Art und den Umfang der geplanten Arbeiten, den Bedarf an Baustoffen und Arbeitskräften, sowie über die Dringlichkeit der Angaben über den durch das Bauvorhaben erreichbaren Nutzen an Wohnraum und die zweckmäßige Verwendung des umgebauten Raumes. Auf Grund des Ergebnisses hat das Staatskommissariat in enger Zusammenarbeit mit den französischen Dienststellen einen Wiederaufbauplan für das Jahr 1947 ausgearbeitet, der bereits am 23. Januar nach Genehmigung durch die Militärregierung des Landes Baden in Freiburg den zuständigen Stellen in Baden-Baden vorgelegt wurde. Der Plan erfordert für die von April bis Oktober beabsichtigten Bauvorhaben zur Beschaffung von 3000 Wohnungen, zur Wiederherstellung von landwirtschaftlichen Zweckgebäuden, zum notwendigsten Wiederaufbau gewerblicher, industrieller und öffentlicher Gebäude, zur Wiederherstellung von Schulen und Krankenhäusern insgesamt 13 000 000 Backsteine, 4 000 000 Ziegel, 5 500 t Zement, 6 000 t Kalk, 3 000 t Gips, 30 000 cbm Holz, 72 000 qm Glas, 180 000 qm Dachpappe. Diese angeforderten Baustoffmengen könnten aus der Produktion der südbadischen Baustoffindustrie leicht abgedeckt werden. Vergleichsweise soll darauf hingewiesen werden, daß die voraussicht-

liche Produktion für die entsprechenden 6 Monate für Backsteine über 20 Millionen, für Ziegel etwa 10 Millionen Stück umfaßt, für Zement 18 000 t, für Kalk 12 000 t, für Gips 4500 t.

Demokratische Kontrolle. Zum Zwecke der Ueberprüfung und zur Feststellung, ob die notwendigen Voraussetzungen für die Dringlichkeit der Bauvorhaben erfüllt sind, ist beim Staatskommissariat eine besondere Kontrollabteilung gebildet worden, die sich auf 14 Kreisämter in Südbaden stützt. Diese Ausschüsse setzen sich aus je einem Vertreter der ausgebombten Wohnungssuchenden, Hausbesitzer und Landwirte, der Bau- und Siedlungsgenossenschaften, der gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter, der Architekten, des Baugewerbes, der industriellen Bauunternehmungen und der sozialen Baubetriebe zusammen. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich auf die Kontrolle und Ueberprüfung der in Angriff genommenen Wiederaufbaumaßnahmen, die Ueberprüfung der von den Bezirksbauameistern vorgeschlagenen Bauvorhaben und ihre Einstufung in die Dringlichkeitsfolge, die Kontrolle über die Verwendung der zugeteilten Baustoffe, die Bildung von Selbsthilfegemeinschaften, die Entgegennahme von Beschwerden und Vorschlägen für den Wiederaufbau in ihrem Gebiet. Ihre Tätigkeit wird geleitet von 4 Wiederaufbaukontrollleuten in Rastatt, Offenburg, Freiburg und Donaueschingen. Es soll in jeder Weise die persönliche Initiative der einzelnen Hausbesitzer und der Bau- und Siedlungsgenossenschaften gefördert werden, soweit das im Rahmen der Gesamtplanung möglich ist. Das Staatskommissariat wird aber mit aller Schärfe gegen diejenigen vorgehen, die glauben, daß sie in dieser Notzeit überflüssige Bauten errichten können, um ihr Geld gewinnbringend in „Sachwerten“ anzulegen.

In der kurzen Zeit seines Bestehens — die Organisation und die Zuständigkeit des Staatskommissariats konnte von der provisorischen Regierung erst nach längeren Verhandlungen mit den bisher mit Teilaufgaben befaßten Ministerien am 19. Februar, also vor wenig mehr als 2 Monaten, festgelegt werden — hat das Staatskommissariat sich durch Besichtigungen der von Zerstörungen betroffenen Ortschaften und Beratungen mit den Landratsämtern ein klares Bild über den Umfang der Schäden und die Möglichkeit der Wiederherstellungsarbeiten in den nächsten 6 Monaten verschafft. An solchen Besprechungen in 10 Kreisen nahmen außer den Landräten, den Bürgermeistern, den Bezirksbauameistern und den planenden Architekten, die Vertreter der Bauarbeiter, der Gewerkschaften, des Baugewerbes, der Holzindustrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, der Ausgebombten, der Wohnungssuchenden und der politischen Parteien teil. Nach der Klärung der besonderen Verhältnisse und Schwierigkeiten des betreffenden Kreises wurden bei diesen Tagungen die Sofortprogramme für die Wohnraumbeschaffung, die Erstellung von landwirtschaftlichen Zweckgebäuden, aber auch die Instandsetzung und Wiedererrichtung wichtiger öffentlicher Gebäude, von Schulen und Krankenhäusern festgelegt.

Ergebnisse der letzten 5 Monate. Seit November 1946 wurden in Südbaden 2781 Baugenehmigungen für Bauvorhaben unter 10 000 Mark bestätigt und trotz aller Witterungsschwierigkeiten dieses Winters 833 Wohnungen mit einer Wohnfläche von 36 571 qm gewonnen, wodurch 2 466 Personen wieder eine Unterkunft geschaffen werden konnte. Im gleichen Zeitraum wurden 489 landwirtschaftliche Anwesen nutzungsfähig gemacht und 149 industrielle Anlagen wieder in Betrieb genommen. Durch die vom Staatskommissariat vor Weihnachten in die Wege geleitete Sonderaktion zur Verglasung helzbarer Wohnräume wurden 8760 qm Glas verteilt und damit 9300 Zimmer mit Glas versehen, wodurch manche Familien davor bewahrt wurde, der Winterkälte schutzlos preisgegeben zu sein.

Außer der Klärung der oft komplizierten Eigentums- und Rechtsfragen, die sich bei notwendig werdenden Bauflichtveränderungen und Auflockerungen ergeben, sind es vor allem drei Hemmnisse, die den Wiederaufbau, besonders schwierig gestalten: Geringe Baustoffmengen, das Fehlen von Arbeitskräften, sowie Verkehrs- und Transportschwierigkeiten.

Die Baustoffe. Wenn es möglich wäre, alle Baustoffe, die durch unsere südbadische Bauindustrie heute schon produziert werden können, für die Wiederherstellung der Zerstörungen in unserem Gebiet zu verwenden, dann würde die Baustofffrage für uns gar kein Problem darstellen. So aber (die Zerstörungen in Südbaden sind an denen der übrigen Zonen teils gemessen bedeutend geringer und außerdem ist die Baustoffindustrie z. B. in Rheinland-Pfalz bei weitem nicht in gleichem Maße wieder so ausgebaut wie durch die planvolle Lenkung des Wirtschaftsministeriums bei uns in Baden) ist es durchaus begreiflich, wenn wir einen ansehnlichen Teil der in Südbaden produzierten Baustoffe abgeben müssen, ganz abgesehen von den Mengen, die wir zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich selbstverständlich zu liefern verpflichtet sind. Das Staatskommissariat versucht deshalb mit allen Mitteln und auf allen Wegen das ihm von der französischen Militärregierung aus der Gesamtproduktion Südbadens zugebilligte Kontingent durch Eigeninitiative zu steigern. So werden überall im Lande, außer den gebrannten Ziegeln durch die Industrie, Zementziegel in verhältnismäßig großer Zahl von handwerklichen Betrieben hergestellt, im Schwarzwald viele Tausende Dachschindeln aus Holzfällen produziert, um einen möglichst großen Teil der nicht total zerstörten Gebäude wenigstens bis zu dem Zeitpunkt, in dem sie wiederhergestellt werden können, vor Witterungseinflüssen und damit vor der völligen Zerstörung zu bewahren. Es wird außerdem alles unternommen, um aus den Trümmern Altbaustoffe zurückzugewinnen und sie einer schnellen Verwendung zuzuführen, damit möglichst wenig von diesem wertvollen Ma-

terial verloren geht. In Kleinbetrieben sollen in diesem Sommer aus Abfallprodukten der Sägewerke Materialien gewonnen werden, um Leichtbauplatten zur Abtrennung der Wohnräume und zum Ausbau von Dachstöcken zu gewinnen. Die Versuche, durch besonders rationelle Ausnutzung von Zement- und von Ziegelsplitt Bausteine und -platten zu gewinnen, werden gefördert und baustoffsparende neue Verfahren überprüft. Auch der Lehmbaumethode wird die ihr gebührende Achtung in ländlichen Gebieten geschenkt.

Völlig unzulänglich sind die Holz mengen, die bisher unserem Land von der Militärregierung zugestanden werden konnten. Es ist aber zu hoffen, daß es den Bemühungen des Staatskommissariats gelingt, ein vielfaches der bisherigen Zuteilung zu erhalten, weil sonst überhaupt keine Aussicht besteht, auch nur die festgelegten vordringlichsten und notwendigsten Bauvorhaben, vor allem für die Landwirtschaft, geschweige in der so stark zerstörten Stadt Freiburg, durchzuführen.

Unzulänglicher Arbeitseinsatz. Fast noch bedrückender ist das Fehlen ausreichender Arbeitskräfte, nicht nur an Baufach- sondern fast noch mehr an Hilfsarbeitern. Trotz aller ernsthaften Bemühungen des Wiederaufbauamtes der Stadt Freiburg ist es nicht gelungen, auch nur die Arbeitskräfte zu mobilisieren, die notwendig wären, um die mit vieler Mühe herbeigeschafften maschinellen Einrichtungen zur Trümmerbeseitigung zweckentsprechend auszunutzen. Die Kleinbahn für den Abtransport des Schutts funktioniert, die Bagger sind eingesetzt, aber Arbeitskräfte in ausreichendem Maße sind nicht vorhanden. Nur der Arbeitseinsatz der Studenten bei den Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten der Universität und der Kliniken, das soll ausdrücklich anerkannt werden, ist befriedigend und hat erfreuliche Erfolge aufzuweisen. Wenn aber von hunderttausend Einwohnern der Stadt Freiburg auch in diesen Frühlingsmonaten nur 30 bis 40 Männer täglich zur Arbeit erscheinen, dann ist das außerordentlich bedauerlich.

Das Wiederaufbaukommissariat wird sich bemühen, zweckmäßig zusammengestellte Facharbeitergruppen aus den weniger zerstörten Kreisen Südbadens für eine bestimmte Zeit nach Freiburg zu bringen. Es wird dann Aufgabe der Stadt sein, für ausreichende Unterkunft und Verpflegung dieser Arbeitskräfte in Privatquartieren zu sorgen. Das Staatskommissariat ist fernerhin bemüht, durch unablässige Verhandlungen mit der französischen Militärregierung zu erreichen, daß die im Wiederaufbau tätigen Baubetriebe als Prioritätsbetriebe anerkannt werden und damit auch in den Genuss der bevorzugten Zuteilung von Fahrradreifen, Arbeitskleidung und Schuhen und einer erhöhten Lebensmittelration kommen. Es steht in Aussicht, daß zunächst 3000 Paar Lederarbeitsschuhe und Arbeitskleider für die Bauarbeiter Südbadens, die seit langem vom Staatskommissariat beantragt und immer wieder erbeten wurden, genehmigt und über die Gewerkschaften verteilt werden können. Auch die Frage einer der erhöhten Lebenskosten gerade für den Schwerarbeiter des Bauhandwerks entsprechenden Lohnerhöhung muß ins Auge gefaßt werden.

Nach einem der Militärregierung unterbreiteten Vorschlag sollen von den in Interniertenlagern festgehaltenen Nationalsozialisten die Arbeitsfähigen für eine bestimmte Zeit, je nach der Schwere ihrer politischen Belastung, zur systematischen Wiederaufbauarbeit herangezogen werden. Sie sollen dadurch Gelegenheit erhalten, durch körperliche Arbeit ihre Bereitschaft zu bekunden, das wieder gut zu machen, was durch ihre Schuld vernichtet wurde. Wenn auf diesem Wege etwa 300 bis 400 Arbeitskräfte dauernd bei der Trümmerbeseitigung und bei den Hilfsarbeiten auf den Baustellen eingesetzt werden können, dann würde das ausreichen, um mit den durch zweckmäßige Methoden zur freiwilligen Mitarbeit beim Wiederaufbau gewonnenen Kräften aus der Bürgerschaft, die für dieses Baujahr gesteckten Ziele auch in der Stadt Freiburg zu erreichen. Die obersten Klassen der höheren Schulen müssen mit ihren Lehrern, wenn es notwendig ist durch entsprechende Befreiung vom Unterricht, etwa ein Tag der Woche zu Aufbauarbeiten an Schulgebäuden und ihrer Umgebung herangezogen werden. Die Beamten und Angestellten der städtischen und staatlichen Verwaltungen, einschließlich der Ministerien, müssen im abwechselnden Turnus als Vorbild für die freiberuflich Tätigen und die übrigen Bürger der Stadt etwa zweimal im Monat Aufräumungs- und Hilfsarbeiten leisten, zunächst an den öffentlichen Gebäuden und an den zu diesen führenden Straßenzügen. Dann wäre es wohl nicht allzu schwer für die Gewerkschaften, den Betrieben vorzuschlagen, nach einem gewissen Schema jeweils einen Teil der Arbeiter und Angestellten für Wiederaufbauarbeiten für zwei Tage im Monat Wiederaufbaurlaub zu erteilen, der selbstverständlich von den Betrieben voll bezahlt werden müßte. Größten Wert legt das Staatskommissariat darauf, daß Selbsthilfegemeinschaften ins Leben gerufen werden, vor allen Dingen in den Arbeiterstellungen der Städte und Ortschaften. Wo sich solche Gemeinschaften bilden, die in kameradschaftlicher Weise ein Siedlungshäuschen nach dem andern, je nach den Familienverhältnissen der Besitzer und der Dringlichkeit der Wiederherstellungsarbeiten, wiederaufbauen wollen, wird das Staatskommissariat aus einem Sonderkontingent, das es für diese Zwecke abzwiegt, Baustoffe zur Verfügung stellen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß die beabsichtigten Arbeiten noch in diesem Sommer zu Ende geführt und neuer Wohnraum gewonnen werden kann.

Verkehrs- und Transportschwierigkeiten. Immer wieder kommt es trotz aller Bemühungen um ausreichende Transportmöglichkeit vor, daß zugeleitete Baustoffe nicht von den Produktionsstätten rechtzeitig abtransportiert werden können

und darum verlorengehen. Das Staatskommissariat gibt sich alle Mühe, bei der Zuteilung von Baustoffen an die einzelnen Kreise Rücksicht darauf zu nehmen, daß die Transportwege möglichst kurz sind, und vor allem die Bahnverbindungen für den Versand der Baustoffe ausgenutzt werden können. Der Einsatz für Lastkraftwagen scheidet vor allem immer wieder daran, daß Reifen in ausreichendem Maße aus den anderen Zonen nicht beschort werden können. Selbstverständlich werden die ländlichen Bezirke ermuntert, alle Transportmöglichkeiten auszunutzen, um die Baustoffe, wenn die Anfuhr nicht allzuweit ist, mit Pferde- und Zugochsen gespannt heranzuschaffen.

Die Organisation des Staatskommissariats. Die zentrale Stelle für alle Wiederaufbaumaßnahmen in Südbaden wurde am 19. Februar 1947 von der provisorischen Regierung in ihrem Aufbau und dem Bereich ihrer Zuständigkeit nach bestätigt. Die Bauabteilung des Innenministeriums, also die bis dahin zuständige Bau- und Baupolizeibehörde des Landes Baden, bildet den Kern des organisatorischen Gefüges des Staatskommissariats. Sie wurde ergänzt durch die Aufnahme von Funktionen, die bisher vom Wirtschaftsministerium, vom Landesarbeitsamt und vom Landeswirtschaftsamt ausgeübt worden waren.

Dem Staatskommissariat unterstehen fünf Abteilungen: Bauwesen, (Kriegsschädenfeststellung, Baupolizei, Bauvorhaben, Landesplanung, Städtebau, Bauforschung, Materialprüfung, Norm-Typen- und Montagebau, Trümmerbeseitigung und

Gedenktage der Woche

- 1. Mai: 1854 Ottomar Mergenthaler, Erfinder der Setzmaschine, geb.
- 14. Mai: 1686 Fahrenheit, deutscher Physiker, geb. — 1771 Robert Owen, engl. Sozialist, geb. — 1867 Kurt Eisner, bayr. Ministerpräsident, geb. (ermordet 21. 2. 1919 in München).
- 15. Mai: 1525 Gefangennahme Thomas Münzers, Ende des Bauernkrieges. — 1816 Alfred Rethel, Historienmaler, geb.
- 17. Mai: 1873 Henri Barbusse, französischer revolutionärer Schriftsteller, geb.

Verwendung, Wohnungsbauprogramm, Sonderaktionen, Ueberprüfung der landwirtschaftlichen, industriellen, gewerblichen und Energiebauten, der staatlichen, öffentlichen kulturellen und Kirchenbauten.) — Bauwirtschaft, (Verteilung der Baustoffe, Erfassung und Zuteilung der Altbaustoffe, Transport, Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen und Geräten, Interzonenhandel und Preisprüfung.) — Arbeitseinsatz, (Arbeitsämter und Gewerkschaften, Bauunternehmungen und soziale Baubetriebe, Selbsthilfegemeinschaften, Sonderentsatz, Umlegung, Lehrlingswesen, Sozialfragen und Betreuung.) — Kontrolle, (Wiederaufbauausschüsse, Kreiskontrollstellen für 14 Kreise) — Rechts- und Finanzabteilung, (Wiederaufbaugesetz, Rechts- und Finanzfragen, allgemeine Verwaltung Bau- und Siedlungsgenossenschaften, Gebäudeversicherung, Baulandbeschaffung — insbesondere Enteignung — Ortsstraßenrecht, Boden- und Heimstättenrecht, Kriegsschadensschäden, Höhere Feststellungsbehörde).

Vorschlag eines Ministeriums für Bauwesen und Technik. Die staatliche Hochbauabteilung für den Neubau und die Erhaltung der staats-eigenen Gebäude befindet sich nach wie vor noch beim Finanzministerium, das Vermessungswesen, der Brücken- und Straßenbau, Tiefbau, Wasserstraßen und Wasserwirtschaft noch beim Wirtschaftsministerium. Die Erfahrungen des Staatskommissariats haben gezeigt, daß es notwendig wäre, alle Funktionen des Staates, die es mit dem Bauwesen und der Technik zu tun haben, in einem „Ministerium für Bauwesen und Technik“ zusammenzufassen. Dadurch wäre eine Gewähr dafür geschaffen, daß von einer staatlichen Stelle aus alle Aufgaben eines systematischen Wiederaufbaus sinnvoll geplant, gelenkt und durchgeführt werden könnten. Die Widerstände gegen diesen von uns gemachten Vorschlag sind groß. Es besteht die Absicht, vor allem bei der CSV und der Demokratischen Partei — wie das bei den Verhandlungen über den Verfassungsentwurf deutlich wurde — aus „Ersparnisgründen“ nach den Landtagswahlen bei der Bildung der neuen Regierung nur noch vier oder fünf Ministerien zu belassen, sodaß für die außerordentlich wichtige, durch den Krieg und seine Folge uns aufgezwungene Aufgabe des Wiederaufbaus kein besonderes Ministerium unter einer verantwortlichen politischen Führung möglich sein wird. Es ist nach unserer Meinung sinnlos, die Ministerien auf die früher traditionelle Zahl herabzusetzen und die äußerst wichtige und komplizierte neue Aufgabe des Wiederaufbaus und des Bauwesens überhaupt von einer Unterabteilung etwa des Innenministeriums unter einem Ministerialbeamten auf dem „Verwaltungswege“ nebenbei zu erledigen. Die Tatsache, daß gerade die CSV in der Verfassung nicht nur einen besonderen Staatspräsidenten für unser kleines Land, sondern auch einen dreißigköpfigen Ständerat mit einbauen wollte, ohne Rücksicht auf die Kosten, die diese Erweiterung des Staatsapparats bedeutet hätte, beweist, daß es ihr nicht etwa darauf ankam, Einsparungen zu machen. Ein Ministerium für Bauwesen und Technik würde in keiner Weise eine Mehrbelastung für den Etat unseres Landes darstellen, da es sich nur darum handelt, die bereits jetzt schon — allerdings von den verschiedenen Ministerialstellen ausgeübten Funktionen — zusammenzufassen und zu koordinieren, um sie zweckmäßiger und wirkungsvoller zu machen.

Es wird von dem Ausgang der Wahl abhängen, ob der Plan der Schaffung eines solchen Ministeriums für das Bauwesen und Technik unter einer selbständigen politischen Führung geschaffen werden kann oder nicht. Die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller bisher auf die einzelnen Ministerien verteilten Dienststellen zu einer energischen und zielbewußten Lenkung der Durchführung des Wiederaufbaus der zerstörten Städte und Ortschaften unseres Landes steht außer Zweifel.

Was gibt es zu essen?

Freiburg. Für die nächste Zuteilungsperiode sind folgende Lebensmittel aufzuführen: Für den Abschnitt 3 der Normalverbraucher (Freiburg) erhalten Kinder von 0 bis 3 Jahren 750 gr Brot. Alle übrigen Altersstufen erhalten auf den gleichen Abschnitt: 1000 gr. Weitere Aufzuteilung für Brot folgen. An Fleisch erhalten: Kinder von 0 bis 3 Jahren auf den Abschnitt 8: 50 gr. Kinder von 3 bis 6 Jahren auf den Abschnitt 19 und 20: je 50 gr. Jugendliche von 6 bis 10 Jahren auf den Abschnitt 19, 20, 21: je 50 gr. Jugendliche von 10 bis 18 Jahren auf den Abschnitt 15, 16, 17: je 50 gr. auf den Abschnitt 18: 100 gr. Erwachsene auf die Abschnitte: 19, 20, 21, 22: je 50 gr. Schwerarbeiter II auf die Abschnitte 167 bis 170: je 50 gr. Schwerarbeiter III auf die Abschnitte 267 bis 269: je 50 gr. auf den Abschnitt 270: 100 gr. Schwerarbeiter IV auf die Abschnitte 376 bis 369: je 200 gr. auf den Abschnitt 370: 250 gr. Mütter auf den Abschnitt 911: 50 gr.

Zur Zeit gelangt ein besonderes Brot für Kranke und Säuglinge zum Verkauf, das nur gegen folgende Abschnitte der Freiburger Lebensmittelkarte abgegeben werden darf: 1. Gegen Brotabschnitte der verschiedenen Altersstufen, die mit dem Aufdruck: Kr.Br. versehen sind; 2. auf Säuglingsabschnitte der Freiburger Karte, ohne besondere Abstempelung.

Im Monat Mai gelangt an Normalverbraucher über 1 Jahr: 1 Kilo Sauerkraut zur Verteilung und zwar für die folgenden Altersgruppen: K 1 (1 bis 3 Jahre) auf den Abschnitt I, für alle übrigen Altersgruppen auf den Abschnitt 6. Die Ausgabe erfolgt durch die Kleinverteiler, bei denen die Eintragung für Obst und Gemüse vorgenommen worden ist.

Für Nachzügler bei der Weinverteilung gelten folgende Gaststätten: Hohenzollern (Urachstraße 1), Inselgaststätte (Gerberau 15), Kybfelsen (Günterstal), Sternwaldeck (Dreikönigsstraße), Greiffeneggstraße (Schloßberg), Alemannenhof (Löwenstraße), Breisacher Tor (Remparstraße), Breisgauhof (Kaiser-Josef-Straße), Löwen (Herrenstraße), Großer Mayerhof (Grühdwilerstraße), Zur lieben Hand (Löwenstraße).

Um in Fällen gelegentlicher Verknappung von Lebensmitteln die Befriedigung des Bedarfs der Normalverbraucher für Brot und Fleisch hinter der der Schwerarbeiter zu stellen zu können, werden in Zukunft die Ernährungsämter veranlassen, daß sich Inhaber von Schwerarbeiterkarten bei bestimmten Bäckereien und Metzgereien in eine Kundenliste eintragen lassen. Diese Geschäfte werden Anweisung erteilt, die Lieferung der in den Listen eingetragenen Inhaber von Schwerarbeiterkarten sicherzustellen.

Der im Jahre 1865 gegründete Lebensbedürfnisverein zu Freiburg wurde durch ein Gesetz vom 18. Februar 1941 von den Nazis aufgelöst und enteignet. Die Neugründung der Konsumgenossenschaft erfolgt nun am Donnerstag, den 15. Mai, 9.30 Uhr, im Kaufhausaal.

Die Stadt Volksbücherei bleibt wegen Holzeinschlags von Montag, 12. Mai, bis einschließlich Samstag, 17. Mai, geschlossen.

Nötig gewordene Maßnahme

Ernährungsausschüsse sollen Kartoffelzubereitung bewerkstelligen

In vier Gemeinden des Kreises Donaueschingen wurden auf Veranlassung der Militärregierung Hofbesichtigungen durchgeführt, wobei 100 Tonne Kartoffeln und 60 nicht angemeldete Schweine festgestellt und beschlagnahmt wurden.

Daß es zu derartigen Aktionen kommt, das ist auf Versagen des früheren Ernährungsministers Diez zurückzuführen, dessen Amtsführung, von uns seiner Zeit entsprechend angeprangert, an Sabotage grenzte. Was Herr Diez an Schaden angerichtet hat, konnte nicht mehr gut gemacht werden. Für die Tatsache, daß wir seit Wochen keine Kartoffeln mehr auf den Tisch bekommen und das badische Volk einer Hungerkatastrophe ausgesetzt ist, trägt nach wie vor Herr Diez die Verantwortung.

Es ist wohl nicht von Belang, ob die Zahlenarithmetik, die vom Wirtschaftsministerium mit Anbaufläche und Hektarertrag betrieben wurde, eine Grundlage hat, oder ob die von der Militärregierung angenommenen Zahlen der Wahrheit entsprechen. Tatsache ist, daß sowohl in den Auflagen als auch in der Verteilung Unterschiede gemacht wurden, die zu den Katastrophen in der Kartoffelversorgung führen mußten, in der wir heute stehen. Während es Bauern gibt, denen buchstäblich die letzte Kartoffel abgenommen wurde, gab es andere, die sich der Ablieferungspflicht weitestgehend entziehen konnten.

Die Kommunisten haben schon vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, überall örtliche Ernährungsausschüsse zu bilden, in denen sowohl die Produzenten als auch die Verbraucher vertreten sein müssen. Diesen Ernährungsausschüssen hätte die Erfassung der Ernten obliegen müssen und es wäre dabei nicht nur zu einer gerechten, sondern auch zu einer vollständigen Erfassung gekommen. Herr Diez und die BCSV hatten für diese Vorschläge kein Gehör.

Nun können auch die herbeigeschafften Hülsenfrüchte, Maismehl und Teigwaren die Kartoffeln nicht ersetzen und wir sehen uns von den ersten greifbaren Kartoffeln der neuen Ernte weit entfernt.

Die Notwendigkeit, Kartoffeln zu beschaffen, um den Anschluß an die neue Ernte zu finden, veranlaßt die Militärregierung, Ernährungsausschüsse ins Leben zu rufen, denen jeweils die Landräte, die Bürgermeister, die Vertreter der vier zugelassenen Parteien und der Gewerkschaften angehören werden. Jedem Verbrauchszentrum wird ein Produktionszentrum zugewiesen. In diesen Produktionszentren haben die Mitglieder der Ernährungsausschüsse, die durch freiwillige Helfer zu erweitern sind, noch im Monat Mai 20 000 Tonne Kartoffeln aufzubringen, die für den Anschluß an die neue Ernte benötigt werden.

Versammlungskalender der KP

Samstag, 10. Mai

Allensbach; Henze und Venede; Bietigheim; Hammer; Forbach; Dreilich; Rastatt; Wohlrat; Zuzenhausen; Gutmann.

Sonntag, 11. Mai

Aach; Repp; Berghaupten; Gutmann; Bietigheim; Maier; Dettingen; Hanna Hemm; Diernburg; Bätz; Durmersheim; Krennrich; Erfingen; Fallert; Ehingen; Thoma; Gaienhofen; Teufel; Gausbach; Dreilich; Gütingen; Weise; Haueneberstein; Neu; Hilzingen; Schmidt; Hoerden; Rieger; Iznang; Weiler; Teufel; Kippenheim; Treffsen; Oehningen; Kaufmann; Pfittersdorf; Rottenhofer; Randeck; Lochbaum; Rust; Treffsen; Schiltach; Eckert; Tengen; Schmidt; Tennenbronn; Dr. Kahns und Heinzmann; Wangen; Kaufmann; Weiler (Oftring); Bätz; Zell-Weierbach; Gutmann; Zozegg; Repp.

Mittwoch, 14. Mai

Engen; Schmidt; Friesenheim; Rummelin; Grenzach; Käthe Seifried; Hauingen; Fallert; Hölstein; Hunzinger; Zell i. W.; Büche.

Donnerstag, 15. Mai

Brombach; Käthe Seifried; Durbach; Faulhaber; Grafenhausen; Rummelin; Hausen; Eiche; Hertzen; Schneider; Hofweier; Faulhaber; Konstanz; Schmidt; Maulburg; Käthe Seyfried;

Mönchweiler; Wohlrat; Nidereschach; Dr. Kahns u. Gollenbeck; Orschweier; Rummelin; Schopfheim; Büche; Wyhlen; Büche.

Gewerkschaftsbewegung

Freiburg. In der letzten Sitzung der Gewerkschaft der Bauarbeiter, Fachgruppe Poliere, war aus dem Geschäftsbericht eine stetige Zunahme der Mitgliederzahl zu ersehen. Für die Gewerkschaft ist in dieser Hinsicht immer noch ein reiches Arbeitsfeld vorhanden, da ein großer Teil der Bauarbeiter noch nicht gewerkschaftlich erfasst ist. Der Kassensbericht des Kollegen Wieser zeigte eine normale finanzielle Fundamentierung. Bezüglich der Jugendfrage ist die Gewerkschaft bereits an die Stadtverwaltung herangetreten zwecks Überlassung geeigneter Räume, um den jungen Kollegen praktischen Unterricht in beruflicher Hinsicht zuteil werden zu lassen. Die Fragen der Ernährung, der Kleidung und des Schuhwerks waren Mittelpunkt eingehender Besprechungen. Die Werbungsarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder war ebenfalls der Gegenstand weiterer Diskussionen.

Das Jugendbildungswerk Stadt und Land hat zur Durchführung einer Sammlung für den Wiederaufbau der Jugendherbergen einen Aufruf erlassen. Die Sammlungen erfolgen am 10. und 11. Mai durch sämtliche Jugendorganisationen.

Am Mittwoch, 14. Mai, führt die Freie Jugend Freiburg eine Kundgebung im Kaufhausaal durch. Beginn 20 Uhr. Näheres ist den Plakaten zu entnehmen.

10. Mai 1947 / UNSER TAG / Nr. 35 Seite 4

Bekanntmachungen der Stadt Freiburg

Amerikanische Lebensmittelspende (Quäkerspende)

In der Woche vom 12. bis einschließlich 17. Mai 1947 gelangt eine Lebensmittelspende (Quäkerspende) zur Verteilung und zwar für die Kinder von 3 bis 6 Jahren. Es sind vorzulegen die vom Ernährungsamt Freiburg-Stadt für den Monat Mai 1947 ausgegebenen Lebensmittelkarten. Karte K 2 Abschnitt I Kinder von 3 bis 6 Jahren und der Haushaltsausweis. Verpackungsmaterial (1 kg- und 0,5 kg-Tüten oder Behälter) ist mitzubringen. Die Ausgabe erfolgt täglich in der Woche vom 12. bis 17. Mai 1947 in den nachfolgenden Verteilungstellen: 12. Mai, von 9.30 bis 11.30 und 13 bis 15 Uhr Innenstadt, Ober- und Unterstadt; Wirtschaft zum „Kleinen Meyerhof“ (Eingang Turmstr. 23); Herdern; Wirtschaft z. „Eichhald“, Stadstr. 91. 13. Mai, von 9.30 bis 11.30 Uhr St. Georgen; Gasthof zu „Linde“, Baslerlandstr. 49; Weststadt, Moorwaldsiedlung, Betzenhausen, sowie Vorort Lehen; Schulhaus Betzenhausen, Hofackerstraße, von 14 bis 16 Uhr, Littenweiler sowie Vorort Ebnet; Schulhaus Littenweiler. Günterstal; Gasthof zum „Kybfelsen“, Schauinslandstr. 49; Vorort Betzenhausen; Rathaus, 14. Mai, von 9.30 bis 11.30 Uhr und 13 bis 15 Uhr, Mittel- und Oberwiehre; Wirtschaft zum „Sternwaldeck“, Dreikönigstr. 47 (Nebenzimmer); Haslach; Gasthof z. „Hirschen“, Günterstal, 12. 16. Mai, von 9.30 bis 11.30 und 13 bis 15 Uhr, Stühlinger; Ladenlokal Firma Engesser, Klarstr. 73; Unterwiehre; Wirtschaft z. Tram, Turmnest, 70. 17. Mai, von 9.30 bis 11.30 Uhr, Nordweststadt; Gasthof zum

Suchdienst

Wer kann mir Angaben machen über den Verbleib meines Sohnes Raimund Rauh, geb. am 28. 7. 1924 in Nürnberg, Gren. d. Ers. Batl. 94, 4. Komp., bis 23. Jan. 1945 in Res.-Laz. I Elisabethstift in Köslin, Hinterpommern, dann zur Alarmbereitschaft kommandiert. Letzte Nachricht erbeten an Waldemar Rauh, Sulzbach-Rosenberg-Hütte b. Amberg in der Oberpfalz, Hauptstr. 99. (K-15)

Wer weiß Näheres über das Schicksal von Lt. Hans Joachim Sieg aus Kolberg (Ostseebad), geb. 29. 12. 23. Stabsk. Pz.-Abtlg. 5 der württ.-bad. 25. Pz.-Gren.-Div. Feldp. 04 855 A. Vermißt 24. 6. 44 im Raum Orscha Nachricht erb. an Frä. Anneliese Sieg, Offenburg i. Bd., Frauenweg 2. (Ov-30)

Stellenangebote
Schwester oder Helferin für ein Sanatorium im Schwarzwald gesucht. Eintritt sofort od. später. Zuschr. unt. Nr. K 132 Vermittlungsbüro Overando, Offenburg i. Bd., Schließfach 373. (Ov-31)

Wohnungstausch
3-Z.-Wohnung mit Küche in Bonndorf/Schwarzwald geboten. 3-Z.-Wohnung mit Küche im Stadtkreis Freiburg gesucht. Zuschr. u. Nr. 20-379 an die Geschäftsstelle UNSER TAG Freiburg/Br., Schwabentorstr. 1.

Beteiligungen
Im Aufbau befindliche chem.-pharm. Fabrik mit besten Auslandsverbindungen bietet aktive Beteiligung. Mk. 100 000 erforderlich. Hans Herm. Krüger, Makler, Hamburg 1, Chilehaus A, Telefon: 597930. (Ro-2)

Heiraten

Kriegerwitwe, 40 Jahre alt, gute Erscheinung, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines charakterfesten Herrn, passend. Alters zwecks späterer Ehe. Off. sind nter Nr. 32-109 zu richten UNSER TAG Offenburg, Postfach 361.

Harmonie, das Großinstitut für Eheanbahnung Margarete Selig unterhält in S- u. SW-Deutschland über 20 Geschäftsstellen, deren Anschriften die Verwaltung in Konstanz, Bodanstr. 3, Interessenten gerne bekanntgibt. Geschäftsmann und Handwerker, 39 Jahre, 1.70 groß, schlank, dunkelblond, verträglich, angenehmes Äußeres, Naturfreund, Sinn für alles Schöne, sucht auf diesem Wege Eheglück. Fr. od. Witwe schreiben mit Bild unter: Nr. 32-126 an UNSER TAG Offenburg, Postfach 361.

Kaufmann, 48 Jahre, 1.75 m gr., nicht unvermögend, im Bezirk Lörrach, sucht Mädchen oder Witwe v. Lande, ca. 40 Jahre, zwecks baldiger Heirat. Zuschr. unter Nr. 20-369 an die Geschäftsstelle UNSER TAG Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Unterricht
Fernunterricht in Englisch und Französisch durch Lehrbriefe für Anfänger und Fortgeschrittene. Fremdsprachen-Institut H. Lamsfuß, Siegburg (22c), Kronprinzenstraße 27. (We-6)

Kaufgesuche
Bücher und geschlossene Bibliotheken antiquarisch zu kaufen gesucht. Angebote an Martin, Baden-Baden, Lenauweg 13.

„Kandelhof“, Nebenzimmer (Eingang Kandelstr. 27). Zählungen: Gasthaus zum „Bären“, Zählungen. — Nachzügler: Samstag, 31. Mai 1947, 9.30 bis 11.30 Uhr, im Alten Viehreh-Bahnhof (Urachstr., Ecke Hildastr.). (32-167) Arbeitsgemeinschaft Freiburger Nothilfe.

Betr. Wahl der Landtagsabgeordneten im 7. Wahlkreis (Stadtkreis Freiburg im Breisgau) am 18. Mai 1947

Der Wahlkreis für den 7. Wahlkreis Stadtkreis Freiburg i. Br. hat für diesen Wahlkreis von den zugelassenen politischen Parteien eingereichten Vorschläge für die Wahl der Abgeordneten des Badischen Landtags — franz. Besatzungszone — am 8. Mai 1947 wie folgt festgesetzt:

1. Sozialdemokratische Partei, Land Baden, Kreis Freiburg-Stadt
1. Geller Franz, Abgeordneter, Freiburg i. Br., Stadstr. 6
2. Schieler Fritz, Leiter des Städt. Wohnungsamtes, Freiburg, Schillerstr. 56
3. Schlayer Dr. Gerda, Kinderärztin, Freiburg i. Br., Sandstr. 9
4. Breitsch Heinrich, Gewerkschaftssekretär, Freiburg i. Br., Eisenbahnstr. 36
5. Vierlinger Max, Einzelhändler, Freiburg — Br. Breisacher Straße 133

2. Badische Christlich-Soziale Volkspartei, Freiburg i. Br.
1. Person Dr. Karl, Oberstudienrat, Freiburg i. Br., Lerchenstr. 19
2. Hoffmann Dr. Wolfgang, Oberbürgermeister, Freiburg, Schwimmbadstr. 8
3. Wirth Oskar, Schlosser, Freiburg i. Br., Konradin-Kreuzerstr. 18
4. Lips Josef, Zimmermeister, Freiburg i. Br., Habsburgerstr. 31
5. Vogel Josef, Oberlehr.-Sekr., Freiburg i. Br., Friedhofstr. 41

Heiraten
Kriegerwitwe, 40 Jahre alt, gute Erscheinung, sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines charakterfesten Herrn, passend. Alters zwecks späterer Ehe. Off. sind nter Nr. 32-109 zu richten UNSER TAG Offenburg, Postfach 361.

Harmonie, das Großinstitut für Eheanbahnung Margarete Selig unterhält in S- u. SW-Deutschland über 20 Geschäftsstellen, deren Anschriften die Verwaltung in Konstanz, Bodanstr. 3, Interessenten gerne bekanntgibt. Geschäftsmann und Handwerker, 39 Jahre, 1.70 groß, schlank, dunkelblond, verträglich, angenehmes Äußeres, Naturfreund, Sinn für alles Schöne, sucht auf diesem Wege Eheglück. Fr. od. Witwe schreiben mit Bild unter: Nr. 32-126 an UNSER TAG Offenburg, Postfach 361.

Kaufmann, 48 Jahre, 1.75 m gr., nicht unvermögend, im Bezirk Lörrach, sucht Mädchen oder Witwe v. Lande, ca. 40 Jahre, zwecks baldiger Heirat. Zuschr. unter Nr. 20-369 an die Geschäftsstelle UNSER TAG Freiburg i. Br., Schwabentorstr. 1.

Unterricht
Fernunterricht in Englisch und Französisch durch Lehrbriefe für Anfänger und Fortgeschrittene. Fremdsprachen-Institut H. Lamsfuß, Siegburg (22c), Kronprinzenstraße 27. (We-6)

Kaufgesuche
Bücher und geschlossene Bibliotheken antiquarisch zu kaufen gesucht. Angebote an Martin, Baden-Baden, Lenauweg 13.

6. Streng Richard, Staatssekretär der Justiz, Freiburg i. Br., Mozartstr. 98
7. Striebel Anne, Hausfrau, Freiburg i. Br., Habsburgerstr. 98
8. Bollinger Dr. Heinz, Universitätsassistent, Freiburg i. Br., Neumattenstr. 28
9. Witte Hans, Kaufmann, Freiburg i. Br., Steinsackerstr. 28
10. Plümmele Ernst, Geschäftsinhaber, Freiburg i. Br., Günterstalstr. 31
11. Demokratische Partei, Süd- und Mittelbaden, Ortsverein Freiburg i. Br.
1. Menges Georg, Bürgermeister i. R., Freiburg, Goethestr. 53
2. Teusch Dr. Hildegard, Studienrätin a. D., Freiburg, Prinz-Eugenstr. 11
3. Böninger Friedrich, Obermeister d. Schreinerinnung, Freiburg, Geberau 20
4. Dyllik Wolfgang Helmut, Prokurist, Freiburg i. Br., Goethestr. 66
5. Bez Alfred, Kaufmann, Freiburg i. Br., Maximilianstr. 34
6. Dilger Josef, Reg.-Obersekretär, Freiburg i. Br., Falkensteinstr. 26
7. Goldschagg Berthold, Buchdrucker, Freiburg i. Br., Glümmerstr. 17
8. Ackermann Wilhelm, Pfarrer i. R., Freiburg i. Br., Reutestr. 23
9. Kees Karl, Justizrat, Freiburg i. Br., Talmstr. 12
10. Schringer Hans, Kaufmann, Freiburg i. Br., Türkenloiustr. 37

Freiburger Veranstaltungen

Städt. Bühnen Freiburg Harmonie-Lichtspiele

Casino:
11. Mai 15 Uhr „Die Hochzeit des Figaro“, 11. Mai 20 Uhr „Der fidele Bauer“.

Kammerspiele:
10. Mai 19.30 Uhr „Ein Ruhetag“, 11. Mai 14.30 Uhr „Die I. Legion“, 11. Mai 19 Uhr „Ein Ruhetag“.

Union-Theater
Freitag, den 9., bis mit Donnerstag, den 15. 5. 1947 Heinz Rühmann in seiner besten Filmrolle in

Die Feuerzangenbowle
Ein Lustspiel nach dem gleichnamigen Roman von Heinrich Spoerl mit: Karin Himboldt - Hilde Sessak - Hans Richter. - Franz. Wochenschau, Jugendfrei. Wochentags: 14.30, 17, 19.30 Uhr. Samstag u. Sonntag: 14.15, 16.30, 18.45, 21 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (U-32)

Lichtspiele Bad Krozingen
Ab Freitag, den 9. Mai 1947: Die reizende Geschichte dreier Wiener Mädels, ein Film mit Humor und Herz

„Drei tolle Mädels“
Hauptdarsteller: Carola Höhn, Johannes Riemann, Grethe Weiser, Paul Hörbiger, E. v. Möllendorf. - Neue franz. Wochenschau. Jugendfrei!

Achtung! Fahrradwache vorhanden
Spielzeiten: Freitag u. Samstag 20.30 Uhr. Sonntag 15 u. 20.30 Uhr. Montag 20.30 Uhr. (L4-13.30 Uhr an der Tageskasse.

Casino-Lichtspiele
Ab Freitag, den 9. Mai 1947: Ein spannender Kriminalfilm aus der Welt des internat. Varietés „Die gläserne Kugel“ mit: Albrecht Schoenhals - Hilde v. Stolz - P. Henckels - Th. Loos - Sab. Peters usw. - Neue franz. Wochenschau. - Jugendfrei! - Anfangszeiten: Montag 14.15, 16.30, 18.45 u. 21 Uhr, Dienstag bis einschl. Samstag 14.15 u. 16.30 Uhr, Sonntag 10 u. 12 Uhr. Vorverkauf wie üblich! (C-22)

Friedrichsbau-L'spiele
Ab Freitag, den 9. Mai 1947: Die Hochstaplerin
Ein heiteres Versteckspiel der Liebe mit ganz entzückenden und originellen Überraschungen. Darsteller: Sybille Schmitz - Karl L. Diehl - Fritz Wagner - Willi Dohm.
Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, 14.15 u. 16.30 Uhr, Donnerstag u. Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf an den Spieltagen 10-12 Uhr und ab Freitag 10-12 Uhr an der Tageskasse.